

Eine Gemeinde lagert aus

Nunningen übernimmt Gemeindekanzlei und Finanzverwaltung

Von Kurt Tschan

Meltingen. Die Schlacht um die zukünftigen Strukturen der Gemeinde Meltingen ist geschlagen. Vor einer rekordverdächtigen Kullise von 141 Stimmberechtigten hat die Gemeindeversammlung am Montagabend den Reformkurs eines Komitees sanktioniert. Vom neuen Jahr an werden die Gemeindekanzlei und die Finanzverwaltung an die Verwaltung der Gemeinde Nunningen gekoppelt. Das Komitee, das neuerdings im fünfköpfigen Gemeinderat die Mehrheit stellt, geht davon aus, dass die Steuern um bis zu acht Prozent gesenkt werden können.

Die Versammlung musste von Vizegemeindepräsidentin Regina Jeger geleitet werden, da der langjährige Ammann Werner Hänggi im Streit mit seinen Gemeinderatskollegen Ende Oktober zurückgetreten war. Auslöser waren Aussagen von Gemeinderat Gérard Zuferey in der BaZ, der Hänggi mit einer Strafanzeige wegen Amtsmissbrauchs für den Fall gedroht hatte, dass er sich nicht an die Beschlüsse des Gemeinderats halten würde. Die Gemeindeversammlung war auf Druck des Komitees verschoben worden, weil Hänggi eigenmächtig die Einladung zur ursprünglich auf den 25. Oktober anberaumten Versammlung verschickt und Erläuterungen zur Motion des Komitees, das die Einberufung einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung verlangt hatte, nicht ordnungsgemäss kommuniziert haben soll.

Der von vielen im Dorf befürchtete emotionale Disput blieb am Montagabend mehrheitlich aus. Die Anhänger einer Auslagerung von Finanzverwaltung und Gemeindekanzlei hielten sich mit Voten zurück und schickten primär Peter Jeger, der bei der Handelskammer beider Basel für Bildung und Soziales zuständig ist, in den Ring. Dieser erinnerte daran, dass Meltingen mit 398 Franken pro Einwohner eine der teuersten Verwaltungen der Region habe.

«Verwaltung ist Filetstück»

Eine Auslagerung teurer Zweige sei kein Ausverkauf der Kommune, sondern ein Bekenntnis zur Autonomie in der Zukunft. «Die Verwaltung ist bei Weitem nicht das Filetstück einer Gemeinde», sagte Jeger. Dafür kämen viel mehr die Infrastruktur, aber auch eine gute Schule infrage. Vor allem für die Jugend gelte es attraktiv zu bleiben. Um eigenständig zu bleiben, müsse die Gemeinde dort sparen, wo sie es könne. Die erwarteten Minderausgaben seien mit 70 000 Franken im Jahr signifikant.

Demgegenüber votierten die beiden langjährigen Verwaltungsangestellten der Gemeinde – Irène Jeger ist schon in Rente, Edith Hänggi wird es Ende Jahr sein – dafür, dass eine gesunde Gemeinde auch eine intakte Verwaltung benötige. Vieles wie die Poststelle und die Bankfiliale sei bereits verschwunden. Bald fehlten auch ein Dorfladen und eine Pfarreileitung. «Wer zieht schon in ein Dorf, das nichts mehr zu bieten hat?», fragte Hänggi. Die frühere Kan-

tonsratspräsidentin zweifelte zudem an den Zahlen des Komitees. Es sei davon auszugehen, dass zur Bewältigung der Aufgaben sogar zehn Stellenprozente mehr geschaffen werden müssten. Ein anderer Votant sprach von einer Schnapsidee und von Lockvogelpolitik, die das Komitee betreibe.

In den geheim durchgeführten Abstimmungen setzte sich schliesslich das Komitee durch. Der Vorschlag, lediglich die Finanzverwaltung auszugliedern, wurde allerdings knapp mit 66 gegen 74 Stimmen abgelehnt. Relativ deutlich wurde dagegen das Modell einer Partnergemeinde gutgeheissen. Für eine Lösung mit einem Treuhandbüro votierten 52 Personen, für eine Partnergemeinde 88. Offen liess das Komitee die Frage, ob Breitenbach oder Nunningen den Zuschlag erhalten soll. Beide Lösungen seien gleich teuer, sagte Fabio Jeger, der Werner Hänggi im Gemeinderat abgelöst hat. Letztlich votierten 98 Personen für Nunningen, 35 für Breitenbach.

Mit dem Entscheid ist die politische Krise im Dorf aber noch nicht vorbei. Die unterlegenen Anhänger einer autonomen Verwaltung schliessen ein Referendum nicht aus. Zudem könnte an der Spitze der Gemeinde Meltingen ein Vakuum entstehen. Regina Jeger betonte, dass sie nicht gewillt sei, bis zum Abschluss der Legislaturperiode im Amt zu bleiben. Mit dem Amt für Gemeinden in Solothurn soll deshalb versucht werden, die Gesamterneuerungswahlen vorzuziehen.